

BFS-TRENDINFO

2/16

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Gesellschaft

DJI-Survey: Väter zwischen Job und Kinderzimmer

Arbeitswelt

Bundeswehr-Kita „SanIgel“: Wir können auch anders

Macht Wochenendarbeit unzufrieden?

Bildung

Integration durch Bildung: Quartierarbeit macht's möglich

Chancenwerk: Lehren, lernen, Zukunft haben

Pflege

Pflegepolitik: Erfolgreiche Reform nicht ausgeschlossen

Demografie

Eigentum, urban, mit Balkon!

Europa

Radikalisierung von Jugendlichen

Materialien

Die Top Ten der Zukunftsliteratur

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

um die zahlreichen Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden zu integrieren, passen der Bund und die Länder auch ihre Förderprogramme an. Das Land Nordrhein-Westfalen zum Beispiel stellt im Landeshaushalt 2016 vier Milliarden Euro von insgesamt knapp 70 Milliarden für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung.

Die Maßnahmen, die davon finanziert werden, sind ganz vielfältig: zusätzliche Lehrerstellen, Kita-Plätze für Flüchtlingskinder, erweiterte Angebote zur Sprachförderung von Kindern und ihren Familien, Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingsfrauen, Mittel für die soziale Flüchtlingsberatung und weitere Unterbringungskapazitäten in Landeseinrichtungen.

72 Millionen fließen in ein Städtebau-Sonderprogramm, das die Kommunen dabei unterstützen soll, zügig und flexibel Integrationsangebote für Neubürger und bereits ansässige Bewohner zu schaffen. Gefördert werden größtenteils der Neu- und Umbau bzw. die Modernisierung von Betreuungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Jugend-, Familien- und Seniorentreffs, Schulen und Sporteinrichtungen, die sich in kommunaler, frei-gemeinnütziger oder privater Trägerschaft (Vereine, Stiftungen) befinden. 20 % der Mittel stehen für investitionsbegleitende Maßnahmen bereit, also zum Beispiel für das Quartiersmanagement, die Bildung von

Stadtteilbeiräten oder die Organisation des bürgerschaftlichen Engagements. Die Projekte sollen den sozialen Zusammenhalt im Quartier stärken und der Allgemeinheit zugänglich sein. Dazu zählt insbesondere die Integration von Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten, Flüchtlingen und sozial Schwächeren.

Interessierte Städte und Gemeinden können sich mit Einzelprojekten, die nicht in große Entwicklungskonzepte eingebunden sein müssen, noch bis zum 19. Februar 2016 bei den Bezirksregierungen in Nordrhein-Westfalen bewerben. Bereits im März soll eine Jury über die Mittelvergabe entscheiden. In besonders finanzschwachen Kommunen übernimmt das Land 90 % der Kosten. Auf alle üblichen Fördersätze gewährt das Land einen Zuschlag von 10 Prozentpunkten.

Ähnliche Förderprogramme gibt es in allen Bundesländern. Schauen Sie doch mal nach, zum Beispiel unter www.foerderdatenbank.de!

Ihre Redaktion

Den Projektaufruf des NRW-Sonderprogramms „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ finden Sie auf www.mbwsv.nrw.de.

Gesellschaft

DJI-Survey: Väter zwischen Job und Kinderzimmer

Was macht einen guten Vater aus? In den 1960er-Jahren war die Antwort einfach: Vater brachte das Geld heim, Kinder und Küche waren Mutters Domäne. Heute erwarten nicht nur Frauen von ihren Partnern eine stärkere Familienpräsenz. Die Väter selbst möchten das Aufwachsen ihrer Kinder als einfühlsame und aktive Bezugspersonen begleiten. Oft aber bleibt der Anspruch mehr oder minder uneingelöst: Männer sind noch immer die Haupternährer, Frauen schultern den Löwenanteil in Erziehung und Haushalt. Doch die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, bis vor kurzem als reines Frauenproblem wahrgenommen, macht inzwischen auch den Männern zu schaffen. Das anspruchsvolle Leistungsprofil des modernen Mannes – karriereorientierter Ernährer, liebevoller Vater, engagierter Partner – erzeugt Verunsicherung und Stress.

Methodische Anmerkungen

Wie genau stellt sich das Vereinbarkeitsdilemma für Väter heute dar? Welche familienfreundlichen Weichenstellungen erwarten sie in der Arbeitswelt? Antworten liefert das Deutsche Jugendinstitut mit der umfassenden Untersuchung „Aufwachsen in Deutschland heute. Erste Befunde aus dem DJI-Survey AID:A 2015.“

Studiendesign und statistische Daten stützen sich auf zwei Erhebungswellen in den Jahren 2009 und 2013 bis 2015. Die erste Welle (Basiserhebung) nahm Befragte im Alter von null bis

55 Jahre in den Fokus, die zweite Erhebung konzentrierte sich auf Zielpersonen bis 32 Jahre. Für Kinder unter neun Jahren wurden beide Elternteile befragt. Beide Surveys basieren auf der Befragung von jeweils knapp 30.000 Menschen. Der Gesamtsurvey, laut Eigendarstellung „umfangreichster Datensatz zu den Lebensverhältnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Deutschland“, will wegweisende gesellschaftliche Trends für Politik und Fachpraxis aufzeigen. Das Spektrum der aktuellen DJI-Publikation umfasst Forschungsergebnisse etwa zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus Vatersicht, zur Einstellung junger Eltern bezüglich weiteren Nachwuchses, zur Kinderbetreuung in Trennungsfamilien und zu den Freizeitaktivitäten Jugendlicher.

Moderne Vaterschaft – das ist der Plan

Die Mehrheit der Väter lehnt die traditionelle Rollenverteilung ab und teilt das Leitbild des engagierten Vaters, bestätigen die DJI-Untersuchungen. Dennoch bestehe eine erhebliche Kluft von innerfamiliärer Gleichstellung und tatsächlicher Aufgabenteilung zwischen Vätern und Müttern: „Väter (wollen) ihre Ernährerrolle nicht merklich reduzieren, sondern diese um Aspekte der Betreuung und Erziehung zu einer modernisierten Vaterschaft ergänzen“, äußern die Autoren. Die finanzielle Absicherung der Familie ist unverändert zentraler Bestandteil männlicher Identität, weshalb Männer auch nicht ernsthaft an Teilzeit denken. Nur sieben Prozent der Väter mit Hauptschulabschluss, 13 Prozent

mit Realschulabschluss und 15 Prozent mit Abitur plädieren für Teilzeitarbeit beider Elternteile zur gleichberechtigten Betreuung des Nachwuchses. Faktisch jedoch dominiert das „modernisierte Ernährermodell“: Der Mann ist Haupternährer in Vollzeit, die Frau kehrt ab dem dritten Lebensjahr des jüngsten Kindes via Teilzeit ins Erwerbsleben zurück. „Nur 13 Prozent der Partner arbeiten in einer Vollzeit/Vollzeit-Konstellation“, informiert der DJI-Survey.

Väter klotzen richtig ran

Beruflich sind Männer mehr Stunden eingebunden als Frauen: Mehr als die Hälfte der Befragten arbeitet über die vertraglich vorgegebene Stundenzahl hinaus, 13 Prozent sogar 51 und mehr Stunden pro Woche. Nicht eben familienfreundlich ist auch die Arbeit am Wochenende, an Feiertagen und in Wechselschicht. Selbst wenn beide Partner gleichermaßen in Voll- oder Teilzeit arbeiten, leisten Männer mehr Stunden ab – in Vollzeit 45 vs. 39 Stunden, in Teilzeit 31 vs. 28 Stunden.

Je höher der Schulabschluss, desto weniger aktive Väter

Männer mit Abitur engagieren sich weniger in der Kindererziehung als Männer mit mittlerem oder niedrigerem Bildungsabschluss. Das Missverhältnis erklärt sich durch die stärkere Arbeitsstundenbelastung höher qualifizierter

Beschäftigter. Alle Befragten waren sich des Problems der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bewusst. 43 Prozent sind der Meinung, zu viel Zeit für den Beruf zu opfern, 66 Prozent finden, dass sie ihren Kindern zu wenig Zeit widmen, 86 Prozent sehen ihre Partnerschaft unter Zeitmangel. Das Vereinbarkeitsdilemma wird von den Geschlechtern unterschiedlich interpretiert, stellen die Autoren fest: „Während Mütter sich wegen ihrer familiären Verpflichtungen eher in ihrer beruflichen Verwirklichung eingeschränkt fühlen, finden die Väter, dass ihr Beruf zu stark in ihr Privatleben eingreift (Work-to-Family-Konflikt).“

Was Männer wirklich wollen

Heutige Väter haben es schwer. Sie wollen sich leidenschaftlich für den Nachwuchs engagieren und brennen zugleich für ihren Beruf. Kann es da überhaupt eine Lösung geben? Vielen Befragten (40 %) wäre schon gedient, wenn sie nach den vorgeschriebenen 36 bis 40 Wochenstunden nach Hause gehen könnten, 19 Prozent wünschen sich eine Wochenarbeitszeit von 31 bis 35 Stunden, 23 Prozent würden gerne zwischen 21 bis 30 Stunden arbeiten. Für die Autoren sind diese Ergebnisse ein Indiz, dass sich die Geschlechter in der Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit annähern werden, sobald die Arbeitswelt mit entsprechend flexiblen Angeboten aufwartet. An dieser Einschätzung bleibt aber fraglich, ob Männer zur beruflichen Einschränkung wirklich bereit sind oder ob

entsprechende Umfrageergebnisse nicht doch nur als wohlfeile Absichtserklärungen zu werten sind.

Xuan Li/Claudia Zerle-Elsäßer: Können Väter alles unter einen Hut bringen? Das Vereinbarkeitsdilemma engagierter Väter.

Dieser Studienbericht bildet den Auftakt zur aktuellen Publikation des Deutschen Jugendinstituts zu den Lebensverhältnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien:

Sabine Walper, Walter Bien, Thomas Rauschenbach (Hrsg.), Aufwachsen in Deutschland heute. Erste Befunde aus dem DJI-Survey AID: A 2015, 68 Seiten, München 2015 [Kostenloser Download](#)

Arbeitswelt

Bundeswehr-Kita „SanIgel“: Wir können auch anders

Männer in Militäranzug, herumtollende Kinder, die Streitkräfte in Friedensmission. Ein Einsatz der besonderen Art führte viele Besucher im vergangenen Herbst in den Designer-Bau auf dem Oberen Eselsberg in Ulm: die Eröffnung der Bundeswehr-Kita „Villa SanIgel“. Hinter der Wortschöpfung aus „Sanitätsdienst“ und „Igel“ steckt ein Pilotprojekt, das wahrmacht, wovon Eltern hierzulande träumen – eine Kindertagesstätte im Drei-Schichten-Betrieb, direkt an der Arbeitsstätte gelegen, mit einem Betreiber, der Sätze sagt wie: „Die Zufriedenheit unserer Kunden liegt uns besonders am Herzen.“

Größter privater Kita-Betreiber Europas

Klingt nach gezuckertem Werbesprech, doch der Betreiber meint es offenbar ernst. Mit der französischen Sodexo-Gruppe hat die Bundeswehr einen Dienstleister verpflichtet, der mit 130 vergleichbaren Einrichtungen in Frankreich, Luxemburg und Italien einer der größten privaten Kita-Betreiber Europas ist. „An oberster Stelle steht für Eltern das Gefühl, dass ihr Kind sich wohl fühlt“, erläutert Jeannine Haberich, Kommunikationschefin Sodexo Deutschland, den Anspruch des Unternehmens. „Das ist nur möglich, wenn man sein Kind gut aufgehoben weiß und Frauen und Männer sich nicht verbiegen und überorganisieren müssen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Das heißt für unsere Einrichtungen, dass wir genau hinsehen, was Eltern brauchen.“

Kita orientiert sich an den Schichtplänen der Eltern

17 pädagogische Fachkräfte betreuen insgesamt 50 Kinder – vier Gruppen für Kinder im Alter zwischen zehn Wochen und sechs Jahren. Geöffnet ist Montag bis Freitag jeweils von sechs bis 21 Uhr; die Schließtage fallen mit 20 Tagen so gering aus, dass sie auch für Alleinerziehende zu bewältigen sind. Niemand lässt sein Kind 15 Stunden lang betreuen, doch derart flexible Öffnungszeiten helfen jungen Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, den Alltag zu bewältigen. Das Bundeswehr-Krankenhaus Ulm (BWK) grenzt direkt an, die Kita-Betriebszeiten orientieren sich an den Schichtplänen der Beschäftigten.

Bewegungsinsel und Gemüsegarten

In der „Villa SanIgel“ öffnet sich den Kindern eine freundliche Spiel-, Entdecker- und Ruhewelt, mit Liebe zum Detail eingerichtet. Jeder Gruppenraum verfügt über eine Bewegungsinsel. Ein großzügiger Außenbereich mit Klettergerüst, Wippe, Schaukeln und Gemüsegarten lädt zum Spielen an der frischen Luft ein. Das Mittagessen wird aus saisonalen Zutaten bereitet, die teilweise aus biologischem Anbau stammen. Überhaupt, ökologisch ist hier alles höchst korrekt: „Um die Gesundheit der Kinder und Mitarbeiter zu

schützen, werden die Räumlichkeiten ausschließlich mit 100 Prozent biologisch abbaubaren Reinigungsmitteln gepflegt“, sagt Haberich. Das Kita-Gebäude gilt als ein „Musterexemplar für energiesparendes Bauen“ und genügt „höchsten Ansprüchen“ an Schadstoffvermeidung und Verwendung nachhaltiger Materialien.

Frankreich-Export mit Lernfaktor

Fast scheint es so, dass der Betreiber eine Portion französisches Know-how in Sachen Familienfreundlichkeit exportiere, für den das Nachbarland in internationalen Vergleichen regelmäßig Spitzenplätze einnimmt. Dafür spricht nicht nur eine Servicekultur, wie sie sich in der flexiblen Drei-Schichten-Betreuung ausdrückt, sondern auch hohe pädagogische Sensibilität. „Scheinbar ganz normale Tagesabläufe müssen immer wieder individuell an die Kinder angepasst und neu überdacht und reflektiert werden: Wann ist Essenszeit, Schlafenszeit, Zeit für Naturbegegnungen. Wichtig ist immer wieder, jedes Kind mit seinen eigenen Bedürfnissen im Blick zu haben“, sagt Haberich.

Zu diesem offenen Konzept gehört auch der Erfahrungsaustausch mit pädagogischen Fachkräften aus Frankreich. So reiste erst kürzlich eine zweisprachige Krankenschwester aus dem Betreuungsteam einer elsässischen

Kita für mehrere Tage in der „Villa Sanigel“ an. „Durch diesen Austausch ist eine konsequente Überprüfung unseres pädagogischen, gesundheitlichen und pflegerischen Tuns gewährleistet.“

Entscheidender Standortfaktor

Generalarzt Dr. Armin Kalinowski ist Hausherr am BWK und somit gleichsam oberster Kita-Chef. Er zeigt sich überzeugt, dass gute Kinderbetreuung heute ein entscheidender Standortfaktor ist. „Die Kindertagesstätte am Bundeswehrkrankenhaus Ulm hat einen hohen Stellenwert. Der Arbeitgeber Bundeswehr ist dadurch noch ein Stück attraktiver geworden. Weiterhin konnten wir in Teilen unserem Fachkräftemangel entgegenwirken, indem Mitarbeiter früher aus der Elternzeit zurückkehrten.“

2,6 Millionen Euro ließ sich die Bundeswehr die 700 Quadratmeter große Muster-Kita kosten. Voraussetzung für die Aufnahme ist eine Tätigkeit der Eltern im Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums. Ein Betreuungsplatz kostet abhängig vom Eltern-Einkommen zwischen 70 und 700 Euro pro Monat. Der Andrang ist groß, inzwischen bestehen Wartelisten.

Kalinowskis höchste Vorgesetzte, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, dürfte zufrieden nach Ulm blicken. Als siebenfache „Super-Mom“ weiß sie um die Probleme, Beruf und Familie unter einen Hut zu kriegen. Als Familienministerien

brachte sie einst das Elterngeld und den Kita-Ausbau auf den Weg.

Weitere Informationen: Kinderbetreuungsportal der Bundeswehr

Macht Wochenendarbeit unzufrieden?

In den 1930er-Jahren, mitten in der Weltwirtschaftskrise, sagte John Maynard Keynes den kommenden Generationen eine grandiose Zukunft voraus. Der technische Fortschritt sollte bis zum Jahr 2030 dafür sorgen, dass eine 15-Stunden-Woche zur Erfüllung aller materiellen Bedürfnisse des Menschen völlig ausreichte. In der verbleibenden Zeit könne er entspannt die schönen Dinge des Lebens genießen, frohlockte der Jahrhundertökonom. Doch heute, knapp 15 Jahre vor diesem magischen Zeitpunkt, sieht die Sache ganz anders aus. Die Entgrenzung der Arbeit greift um sich – eine geregelte Arbeitszeit (an Werktagen, von neun bis fünf) wird zum Auslaufmodell.

Der Ausbau des Dienstleistungssektors und die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten gelten als wesentliche Treiber dieser Entwicklung. Die Regelarbeitszeit verschiebt sich immer mehr: Ein Viertel der Beschäftigten hierzulande arbeitet regelmäßig zwischen 18 und 23 Uhr, auch am Wochenende haben viele Menschen nicht frei. Mehr als 40 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten nicht nur von Montag bis Freitag, sondern auch regelmäßig samstags, ein Viertel sogar sonntags, stellt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in

Berlin fest.

Methodische Anmerkungen

Wie gehen die Betroffenen damit um, wie wirkt sich Wochenendarbeit auf ihre Schlaf- und Lebenszufriedenheit aus? Das untersuchen Maria Metzger und David Richter in einem Beitrag für den DIW-Wochenbericht. Die Wissenschaftler stützen sich auf Daten von fast 9.000 Erwerbstätigen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und nehmen Personen in den Fokus, die von freien Wochenenden zu regelmäßiger Wochenendarbeit wechselten.

Wochenendarbeit – eigentlich verboten

Auf den ersten Blick ist Erwerbsarbeit an Sonn- und Feiertagen in Deutschland untersagt. Das Grundgesetz ist deutlich: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ (Art. 140 GG) Doch keine Regel ohne Ausnahme, in diesem Fall sogar sehr viele. So darf laut Arbeitszeitgesetz etwa in Krankenhäusern, bei Verkehrsbetrieben, Energieversorgern und bei der Polizei auch am Wochenende gearbeitet werden. Ehemals zählten auch Callcenter, öffentliche Bibliotheken und Videotheken zu den Ausnahmen. 2014 wurde dieser Status unter Hinweis auf die hohe Bedeutung von Sonn- und Feiertagen als Ruhezeit zurückgenommen.

Mehr Arbeit am Wochenende

Ausgehend vom Mikrozensus, der erst seit 1991 Daten über die Wochenendarbeit in Deutschland ausweist, lässt sich seit 1996 ein leichter Anstieg beobachten. 1996 arbeiteten 37 Prozent der Erwerbstätigen am Samstag, 20 Prozent auch sonntags. 2013 lagen die Anteile bei 43 bzw. 26 Prozent. Hinsichtlich des Anteils der Beschäftigten mit Wochenendarbeit lagen die Branchen öffentliche und private Dienstleistungen (24 %), Bergbau und verarbeitendes Gewerbe (21 %) sowie Handel und Gastgewerbe (18 %) an der Spitze.

Am Wochenende erschöpft

Menschen, die am Wochenende arbeiten müssen, sind unzufriedener als solche, die freihaben, stellt die DIW-Studie fest. Die zeigt sich in sämtlichen Parametern (allgemeine Lebenszufriedenheit, Arbeit, Gesundheit, Familie, Schlaf) für Samstag und Sonntag. Auf einer Skala von 0 – gar nicht zufrieden – bis 10 – sehr zufrieden – verdeutlicht die Studie Folgendes: „Personen, die am Samstag arbeiten, berichten eine etwas geringere allgemeine Lebenszufriedenheit von 7,22 (gegenüber 7,31) ... sowie eine geringere Zufriedenheit mit ihrem Familienleben (7,65 versus 7,90) und ihrem Schlaf (6,70 versus 6,96) als Personen, die samstags nicht arbeiten.“ Gleiche Tendenz zeigt sich für die Sonntagsschicht.

Die Tatsache abnehmender Zufriedenheit bei Wochenendarbeit

wird durch die wenigen früheren Untersuchungen zum Thema bestätigt. So fühlen sich Wochenend-Beschäftigte laut einer Studie des DGB (2012) häufiger in ihrem Alltag gehetzt. Erhebungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA; 2014) konstatieren für diese Personengruppe vermehrt Zustände körperlicher und emotionaler Erschöpfung sowie Schlafstörungen. Wichtig: Es geht in diesem Kontext immer um regelmäßige Wochenendarbeit; gelegentliches Arbeiten an diesen beiden Tagen kann sogar zufriedener stimmen.

Wochenendarbeit nur ein Symptom?

Metzing und Richter sehen als Ursache für abnehmende Zufriedenheit jedoch weniger die Wochenendarbeit an sich. Den Autoren zufolge ändert sich bei Personen, die zunächst samstags und sonntags frei haben und dann zur Wochenendarbeit wechseln, das Maß der Zufriedenheit bei der Mehrzahl der Parameter nicht; die Menschen sind lediglich bei einem Wechsel zur Sonntagsschicht mit ihrer Arbeit etwas weniger zufrieden. „Vielmehr gehen die Berufe, in denen Personen am Wochenende arbeiten, aufgrund anderer Merkmale mit einer geringen Zufriedenheit einher“, sind sie überzeugt.

Welche Rolle spielen Nacht- und Schichtdienst?

Eine mögliche Erklärung dafür sehen die beiden Wissenschaftler darin, dass die Lebenszufriedenheit bei Menschen, die am Wochenende arbeiten müssen, im Allgemeinen geringer ist. Der ausschließliche Vergleich von Personengruppen ohne und mit Wochenendarbeit erlaube keine sichere Aussage, ob lediglich diese Arbeitszeitregelung die Ursache für eine geringere Zufriedenheit der Menschen ist, urteilen die Autoren. Entscheidend sei nicht, ob jemand samstags und sonntags arbeite, sondern was er zu tun habe. Vermutlich hätten weitere spezifische Merkmale dieser Berufe einen negativen Einfluss auf die Zufriedenheit. Als Erklärung kämen beispielsweise Schicht- und Nachtdienste infrage, wie sie zusätzlich zur Wochenendarbeit etwa in der Krankenpflege üblich sind. Solche Faktoren seien geeignet, die Freude am Beruf grundsätzlich zu dämpfen. Welche weiteren Ursachen sich zur Erklärung anbieten, darüber schweigen sich die Autoren aus. Das ist zwar unbefriedigend, aber kann hoffentlich durch künftige Forschungen geklärt werden.

Maria Metzing und David Richter, Macht Wochenendarbeit unzufrieden? In: DIW Wochenbericht Nr. 50/2015, Seiten 1183-1188

Die Studie kann hier kostenfrei als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Bildung

Integration durch Bildung: Quartierarbeit macht's möglich

Schule einmal anders: Seit einiger Zeit öffnet sich die Löweneckschule in Augsburg-Oberhausen allen Bürgern des Migrantenviertels als „Bildungshaus“. Das Schulcafé ist nicht nur Mensa, sondern steht Vereinen und anderen Initiativen für vielfältige Aktivitäten wie Kochen, Kino, Sprachunterricht und Mutter-Kind-Kurse zur Verfügung. Die Hans-Fallada-Schule in Berlin-Neukölln schlägt ebenfalls Brücken zwischen den Kulturen. Das Modellvorhaben „WIS – Willkommen in der Schule“ hat unter Einbeziehung von Eltern und Ehrenamtlern einen Offenen Treff etabliert, der zum Lern- und Kommunikationsort im Quartier geworden ist.

Dagegen ist das „Community Art Center Mannheim“ nicht in einer Schule untergebracht, sondern in einem ehemals leerstehenden Ladenlokal am Stadtrand. Es trägt Kulturarbeit mitten in ein Wohnviertel hinein, in dem nichtdeutsche Sprachen und prekäre Lebensverhältnisse dominieren. Die Initiative versteht sich als Ort kreativen Lernens, der die Integration unterschiedlicher Herkunftskulturen in der Stadtgesellschaft fördert. Ein weitgespanntes Netzwerk mit dem Kulturrat der Stadt, mit freien Kulturschaffenden, Bürgern, Kirchen, Moscheen und Vereinen trägt zum Gelingen bei, gemeinnützige Stiftungen vor Ort leisten einen erheblichen finanziellen Beitrag.

Das Quartier im Mittelpunkt: Acht Modellprojekte

Diese Beispiele geben einen Einblick in das 2012 begonnene Forschungsprojekt „Orte der Integration im Quartier“. Sie stehen für bundesweit acht Modellvorhaben, bei denen Schulen, Kitas und Gemeinschaftseinrichtungen als Motor der sozialen und ethnischen Integration fungieren. Dahinter steht das Programm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Nach zweijähriger Durchführungsphase liegt jetzt die wissenschaftliche Auswertung vor.

Integration durch Bildung für Kinder und Eltern

Mehr als 16 Millionen Menschen hierzulande haben eine Migrationsbiografie, fast jeder fünfte Bürger hat ausländische Wurzeln. Dabei ist der Flüchtlingszuzug der vergangenen Monate noch gar nicht mitgerechnet. Migranten siedeln sich bevorzugt dort an, wo Familie und Landsleute bereits leben und Arbeit zu finden ist. Häufiges Ergebnis sind strukturschwache Stadtteile mit hohem Migrantenanteil und einer Tendenz zur Abschottung. Hier sind die Kommunen vor außergewöhnliche Integrationsleistungen gestellt. Fest steht: Integration gelingt –

oder scheitert – vor Ort; der Schlüssel der Integration liegt in konkreten Bildungschancen für Kinder und deren Eltern. Unter diesen Bedingungen rückt das unmittelbare Wohnumfeld, das Quartier, in den Mittelpunkt der modernen Stadtentwicklung.

Am Anfang steht die Planung

Leitfragen des Projekts sind: Wie können kommunale Einrichtungen wie Schulen, Vereine, private Unternehmen und Migrantensorganisationen in soziale Kooperationsformen eingebunden werden? Welche baulichen Voraussetzungen bieten Gewähr, dass sich das Projekt zum Quartier öffnet? Wie wird ein Zugang zu Bildungseinrichtungen sowohl für Kinder und Jugendliche, als auch für deren Eltern und andere Quartiersbewohner geschaffen? Auf welche Weise lassen sich finanzielle Ressourcen mobilisieren, wie werden die Angebote im Quartier gebündelt und vorhandene Einrichtungen qualifiziert?

Das Quartier als Lernort: Aus Erfahrungen lernen

Die Projekte liefern wertvolle Erfahrungen aus der Quartiersentwicklung. Manches klingt selbstverständlich, trägt aber nur dann zum Gelingen des Vorhabens bei, wenn es im spezifischen Kontext vor Ort maßgeschneidert implementiert wird.

Raum schaffen

Erfolgreiche Quartiersarbeit benötigt nicht einfach nur ein Dach über den Köpfen der Beteiligten, sondern geht erfahrungsgemäß mit einer baulichen Umgestaltung der Einrichtung einher. „Durch investive Maßnahmen werden diese zu Orten gestaltet, die Anlässe zur Teilnahme und Teilhabe bieten“, empfiehlt der Forschungsbericht. Ob am Anfang eine ehemalige Hausmeisterdienstwohnung (Berlin), ein Ladenlokal (Mannheim) oder eine heruntergekommene Jugendclub-Räumlichkeit (Glauchau) steht: Zu den gemeinsamen Voraussetzungen gehören ein eigenständiger Eingang (z. B. auf dem Schulgelände), Barrierefreiheit, eine Ausstattung für Kursangebote, mobile Trennwände, eventuell eine Küche und insgesamt ein freundliches Ambiente für Arbeit, Geselligkeit, Diskussion und Präsentation.

Schulen als Integrationsorte

Schulen spielen eine zentrale Rolle bei der Verbesserung von Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Über diese Personengruppe wiederum lassen sich Eltern und Verwandte ansprechen. Schulen eignen sich besonders zur Bündelung traditionell schulischer und außerschulischer Bildungsangebote. „Dies setzt voraus, dass die Vertreter der Schulen (Leitung und Kollegium) hierzu bereit sind und eine entsprechende Unterstützung seitens der Kommune und des Landes bekommen.“

Politik geht voran

Die Initiative, die Schule zum Kristallisationspunkt der Quartierarbeit zu machen, sollte von den Kommunen in Kooperation mit den sich anbietenden Bildungseinrichtungen ausgehen, fordert der Forschungsbericht. Wesentlicher Erfolgsfaktor ist die Verankerung in der lokalen Politik. Eine verwaltungsintern ressortübergreifende Koordination und die Einbindung von örtlichen Trägern, Vereinen und Sponsoren (z. B. Bürgerstiftungen, Firmen) bildet die Basis kontinuierlicher Stadtteilentwicklung. Leitende Mitarbeiter der Verwaltung sollten hauptverantwortlich eingebunden sein, zentrale Projektmaßnahmen sind im Haushalt zu verankern.

Gemeinschaftseinrichtungen als Integrationsorte

Solche Quartierzentren bieten sich an, wenn keine Schule als Projektpartner zur Verfügung steht oder bereits gut funktionierende Stadtteilbüros, Mehrgenerationenhäuser oder Jugend- und Kulturzentren vorhanden sind. Zwar verfügen Gemeinschaftseinrichtungen im Vergleich zu Schulen nicht immer über eine langfristig gesicherte finanzielle Basis, haben aber den Vorteil, als behördenfern und im Zugang niedrigschwellig angesehen zu werden. Niedrigschwellige Zugänge können Brücken zu weiterführenden Angeboten in puncto Spracherwerb, Ausbildung und Berufseinstieg vor Ort bauen.

Engagement-Netzwerk knüpfen

Erst die Mitwirkung von Eltern und Anwohnern, von Vereinen, Verbänden und Religionsgemeinschaften sichert den Projekten kreativen Zuwachs und breite Akzeptanz. Öffentlichkeitswirksame Aktionen werben für eine lebendige Mitmachkultur und zeigen transparente Teilhabe und wechselseitige Win-win-Situationen auf. Eltern fühlen sich oft aus sprachlichen, kulturellen oder zeitlichen Gründen außerstande, ihre Kinder zu unterstützen. Besondere Elterntreffs, Fortbildungen (z. B. zu Elternvertretern), Gemeinschaftsprojekte (Schulgarten) bieten niedrigschwellige Angebote zur Mitwirkung. Bei Erwachsenen aus benachteiligten Quartieren steht das ehrenamtliche Engagement oft in Konkurrenz zum Geldverdienen. Hier empfiehlt sich eine Aufwandsentschädigung oder Fahrtkostenerstattung. Ehrenamtliche Helfer benötigen überdies klare Ansprechpartner und Mitwirkungsstrukturen.

Finanzielle Unterstützung klären

Qualifizierte Quartierarbeit bedarf der ausgeklügelten Mischfinanzierung durch verschiedene Partner und Fördertöpfe. „Neben kommunalen Mitteln kommen weitere Zuwendungen vom staatlichen Schulamt (etwa in Form von Lehrerstunden), Fördermitteln aus Landes-, Bundes- und EU-Programmen sowie Transfers von Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen in Frage. Fachleute aus Kommune und Wohlfahrtsverbänden

können Antragsverfahren begleiten. Bei der Akquise zusätzlicher Mittel hat sich gezeigt, dass es einfacher ist, Geldgeber für die (Ko-) Finanzierung konkreter Projekte zu gewinnen als Spenden ohne Verwendungszweck. „Nicht selten haben die Geldgeber sich zudem mit ihrem Know-how eingebracht und Beteiligungen oder aktive Mithilfe angeboten“, hält der Forschungsbericht fest.

Fazit: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es

Gezielte Arbeit in strukturschwachen Quartieren, das zeigen die Modellvorhaben, zeitigt bereits nach zwei Jahren vorzeigbare Ergebnisse. „Integration kann geleistet und Bildung gestärkt werden“, fasst der Bericht zusammen. Deutlich wird aber auch: „Die Erkenntnisse aus den Modellvorhaben zeigen, dass sich die Erarbeitung (...) struktureller Grundlagen weniger an abstrakten, theoretischen Erörterungen ausrichten sollte, sondern sich stärker an praktischen Lösungsansätzen orientieren kann (...). Die künftigen Erfolge werden nur in der praktischen Umsetzung sichtbar.“

* Die acht Modellprojekte sind:

- Augsburg, Bildungshaus Löweneckschule – Bildung löwenstark
- Berlin, WIS – Willkommen in der Schule – Offener Elterntreff an der Hans-Fallada-Schule
- Glauchau, Jutegra – in ist wer drin ist

- Mannheim, Community Art Center, Neckarstadt-West
- Neumünster, KIBITZ – Integration durch kulturelle Teilhabe und interkulturelle Bildung
- Nienburg, FamilienhORT Alpheideschule
- Offenbach, Stadtteilzentren als Integrationsräume für Familien
- Schwäbisch Gmünd, Bildungs- und Familienzentrum Hardt

Hrsg. des Forschungsberichts: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Orte der Integration im Quartier: vernetzt – gebündelt – erfolgreich, 84 Seiten, Bonn 2015. [PDF zum Download](#).

Die Druckversion kann per E-Mail kostenlos angefordert werden: Ref-1-4@bbr.bund.de

Mehr zum Forschungsprojekt: www.bbsr.bund.de

Chancenwerk: Lehren, lernen, Zukunft haben

Die Europa-Gesamtschule Troisdorf bei Bonn, 14 Uhr: Der Unterricht ist vorüber, letzte Schülergruppen streben den Ausgang zu. Nur im Raum 205 wird gelernt: Ein Dutzend Mädchen und Jungen sitzen in Kleingruppen zusammen, vor sich auf den Tischen Hefte, Bücher und Stifte. Der 13-jährige

Emre aus der 7b brüht über einer Bildbeschreibung in Englisch. Oberstufenschülerin Lena schaut ihm über die Schulter, sie hat das Kapitel zuvor langsam vorgelesen und neue Vokabeln übersetzt. „Jüngere Schüler zu unterrichten macht mir Spaß“, begründet sie ihren Einsatz, „außerdem kann ich mein eigenes Wissen auffrischen.“ Sie selbst bekommt auch Nachhilfe: regelmäßig montags, in Mathematik, von studentischen Mentoren der Universität Köln. Und Emre weiß, warum er hier ist: „Ich habe mich von einer Vier auf eine Drei vorgearbeitet. Vielleicht schaffe ich noch die Zwei!“

Die Lernkaskade: Studenten und Schüler lernen mit- und voneinander

Das „Chancenwerk“ bei der Arbeit: ein gemeinnütziger Verein, der mit dem Prinzip gegenseitiger Hilfe an deutschen Schulen Ernst macht. Kerngedanke ist die „Lernkaskade“: Dabei geben studentische Mentoren Schülern der Oberstufe Intensivkurse in ihren Problemfächern – 90 Minuten wöchentlich. Die Schüler wiederum bezahlen für die empfangene Leistung kein Geld, sondern unterstützen jüngere Schüler. Die Kleingruppenarbeit umfasst von der Hausaufgabenbetreuung bis zur Vorbereitung von Klassenarbeiten alles, womit die Schüler alleine nicht klar kommen. Die Mentoren erhalten neben einem Honorar Zertifikate, die sie als Praxisbeleg für ihr Studium oder die spätere Bewerbung nutzen. Noch wichtiger sind die berufspraktischen Erfahrungen, berichtet Juliane Mey (26),

Mentorin und Lehramtsstudentin an der Universität Köln: „Durch meine Arbeit als Kursbetreuerin lerne ich Dinge, die in meinem Studium komplett fehlen. Zum Beispiel mit Störungen des Unterrichts umzugehen oder Schüler mit schwierigem Zuhause zu motivieren.“

Hier scheitert Nachhilfe nicht am Geld

„Schulnoten verbessern sich, Verantwortungsbewusstsein und Sozialkompetenz wachsen, und die Jugendlichen nehmen ihr Leben zunehmend selbst in die Hand“, unterstreicht „Chancenwerk“-Vorsitzender Murat Vural (40) die Vorzüge des Schnellballsystems. Einzig die Eltern der jüngeren Schüler leisten einen einkommensabhängigen Kostenbeitrag. Die meisten bezahlen 20 Euro pro Monat, ein kleinerer Teil (20 %) erhält entweder Förderung durch das öffentliche Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) oder zahlt maximal 60 Euro (15 %).

Am Geld ist die Nachhilfe noch nie gescheitert. Dafür sorgen Zuwendungen, die sich aus Mitteln von Stiftungen sowie Spenden von Förderern und Unternehmen speisen. 2015 kamen so rund 800.000 Euro zusammen. Daraus werden die Lernkaskade und die damit verbundenen Kosten finanziert: Ausgaben für Erlebnispädagogik, 27 fest angestellte Mitarbeiter, mehr als 250 studentische Honorarkräfte, neun Regionalbüros in sechs Bundesländern und Schulungen in der Chancenwerk-Akademie.

Knapp 900 Millionen Euro für private Nachhilfe

Das gemeinnützige Fördermodell steht in herbem Kontrast zur bundesdeutschen Nachhilfebranche mit circa 4.000 kommerziellen Anbietern. Vielbeschäftigte Lehrer, volle Klassen und ehrgeizige Eltern verhelfen ihnen zu einer nie versiegenden Nachfrage im Windschatten des staatlichen Schulsystems. 1,2 Mio. Schüler nehmen regelmäßig Nachhilfe, darunter fast jeder fünfte Gymnasiast. Eltern blättern bundesweit 879 Mio. Euro für die außerschulische Förderung ihres Nachwuchses hin, ermittelte eine neue Studie der Bertelsmann-Stiftung. Die geschätzte Dunkelziffer liegt weit höher. Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund erhalten eher Nachhilfe als ihre Altersgenossen mit ausländischen Wurzeln (14 % vs. 11 %). „Nachhilfe darf kein Ersatz für fehlende individuelle Förderung sein. Gerade die weiterführenden Schulen müssen sich noch besser auf die Vielfalt ihrer Schüler einstellen“, fordern die Autoren.

Alternative Tauschwährung: Zeit und Wissen

„Chancenwerk“ hingegen wendet sich an eine Klientel, die sich kostspielige Nachhilfe nicht leisten kann: Kinder aus sozial benachteiligten Familien mit und ohne Migrationshintergrund, die im deutschen Bildungssystem überdurchschnittlich schlecht abschneiden. „Zeit und Wissen sind unsere Tauschwährung“,

erläutert Vural die Ökonomie der Lernkaskade. Weshalb der Sozialunternehmer auch lieber von Lernförderung statt Nachhilfe spricht. „Schule muss Kinder nicht nur schlauer machen, sondern auch Persönlichkeiten fördern, Perspektiven schaffen und somit Integration unterstützen.“

„Chancenwerk“-Mitarbeiter treten dazu an weiterführende Schulen heran – Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien – und kooperieren mit Lehrern und Eltern. Auf diese Weise lässt sich das Lernangebot maßgeschneidert auf die Schülergruppen ausrichten. Neben Mathe, Deutsch und weiteren Fächern geht es schon mal um Problemlösungen im Alltag, etwa um die Schulberatung getrennt erziehender Eltern.

Rückenwind aus der Lernpsychologie

Bildungsnetzwerke, bei denen Studierende und Schüler ehrenamtlich für Jüngere als Coach fungieren, haben seit Jahren Zulauf: neben „Chancenwerk“ zum Beispiel „Rock Your Life“ und „Teach First Deutschland“. Nicht nur, dass dabei alle Beteiligten an Lebenserfahrung und Verantwortungsbereitschaft gewinnen. Auch in puncto Wissensvermittlung bekommen solche Initiativen Rückenwind aus der Lernpsychologie: „Ältere Schüler stehen in ihrem Verständnis des Schulstoffs jüngerer Schüler oft näher und können ihn altersgerechter erklären als Erwachsene“, erklärt Professor Haci-Halil Uslucan, Psychologe und Integrationsforscher an der Universität Duisburg-Essen sowie

Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von „Chancenwerk“.
Seine Evaluation der Lernförderung durch diesen Verein ergab bei rund 60 Prozent der Schüler eine signifikante Notenverbesserung innerhalb eines Schuljahres.

Das letzte Hemd für Bildung

„Chancenwerk“ ist inzwischen in fast 50 Schulen in bundesweit 25 Städten aktiv. Ein Erfolg, für den Murat Vural und seine Schwester Feride 2004 in Castrop-Rauxel den Grundstein legten. Die Geschwister, selbst Kinder türkischer Einwanderer, wussten nur zu genau um den steinigen Weg bildungsferner Schichten zu höherer Bildung – der Vater war Bergbauarbeiter. Die Vurals wollten ein Beispiel geben und schafften es an die Universität. Dort beschäftigte sich Murat Vural in seiner Promotion mit theoretischer Elektrotechnik.

„Mein Vater hat zu mir immer gesagt: Egal, was Du machst, Bildung ist alles im Leben. Dafür, dass aus Dir was wird, gebe ich mein letztes Hemd“, erinnert sich Vural. Die Rechnung ist aufgegangen: Als herausragender Social Entrepreneur und Ashoka-Fellow hat er bereits zahlreiche Auszeichnungen und Preise erhalten (u.a. „Land der Ideen“, Bundessieger „Startsocial“, Bundesverdienstkreuz).

Neues Projekt: Flüchtlinge machen Flüchtlinge schlau

Neuerdings leistet das „Chancenwerk“ auch für die Integration von Flüchtlingen seinen Beitrag. An Schulen in Berlin, Stuttgart und Bochum wird bald eine speziell auf diesen Personenkreis abgestimmte Sprachförderung nach dem Modell der Lernkaskade angeboten. „So wird der Flüchtling vom Empfänger einer Leistung zum Geber und gewinnt Selbstvertrauen“, ist Vural überzeugt. Und hat dafür auch andere gewonnen: Kürzlich hat die Sabine-Christiansen-Kinderstiftung ihre finanzielle Unterstützung des Projekts zugesagt. Eine weitere Idee des Vereins ist es, in Zukunft auch Bildungsmaßnahmen für Eltern anzubieten und auf die Integrationskraft von Sport zu setzen.

Kontakt und Information:

*Chancenwerk e.V., Münsterstraße 3, 44575 Castrop-Rauxel,
E-Mail: kontakt@chancenwerk.org, Telefon 02305/90 23 940,
www.chancenwerk.de*

Pflege

Pflegepolitik: Erfolgreiche Reform nicht ausgeschlossen

Nach der Reform ist vor der Reform. Gerade erst ist das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) in Kraft, da wird um die Vereinheitlichung der Pflegeausbildung gerungen. Wie soll die Pflegepolitik der Zukunft aussehen, wie lässt sich das gegenwärtige Versorgungsniveau halten? Eine Studie der Prognos AG im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung will mit „neuen und unkonventionellen Ideen“ für eine künftige Pflegepolitik aufwarten. Damit verbinden die Autoren einige Optionen grundlegender Reformen. Denn selbst, wenn sich das Finanzierungsproblem durch steigende Beiträge auffangen ließe, wäre die Arbeits- und Fachkräftelücke noch nicht geschlossen. Die Lösung dieses Problems steht daher im Mittelpunkt der Studie.

14 Milliarden Euro abrufbereit

In einem detaillierten Problemaufriss (der im Rahmen dieser Zusammenschau nicht nachgezeichnet werden soll) gehen die Autoren für 2030 von 3,9 Millionen pflegebedürftigen Menschen (heute: 2,6 Mio.) und einer Personallücke von 517.000 VZÄ (Vollzeitäquivalenten) aus. Das entspricht 44 Prozent des benötigten Personals. Um das heutige Versorgungsniveau zu halten, muss der Beitragssatz zur Pflegeversicherung von derzeit 2,35 Prozent auf 3,35 steigen. „Zentrale Erkenntnis (...) ist, dass die finanziellen Mittel, die für das Aufrechterhalten des aktuellen Versorgungsniveaus notwendig sind, aufgrund des zukünftigen Ungleichgewichts (Pflegekräftemangel) nicht in

geplanter Höhe abgerufen werden können“, so die These der Studienautoren. „Rechnerisch stehen daher im System (im Jahr 2030) insgesamt rund 14 Milliarden Euro zur Verfügung, deren Verwendung es neu zu denken gilt, um zu vermeiden, dass sich die Betreuungssituation dramatisch verschlechtert.“ Mit anderen Worten: Die kalkulierten 14 Milliarden Euro gehen in die Modellrechnungen zur Neugestaltung des Pflegesystems ein, ohne dass der Bund mit Steuermitteln intervenieren müsste.

Pflegekräftemangel: zwei Lösungsansätze

Die Studie untersucht anhand von zwei Lösungswegen mögliche Entlastungen auf dem Pflegearbeitsmarkt: durch eine Erhöhung des Pflegekräfteangebots und eine Dämpfung der Nachfrage nach Pflegepersonal.

Lösungsweg 1 (angebotsseitig): „Vorfahrt für Pflege“

Die angebotsorientierte Variante rückt die verlängerte Berufsverweildauer von Pflegekräften in den Mittelpunkt. Dabei kommen die „nicht abgerufenen“ 14 Milliarden Euro ins Spiel. Zunächst wird ein Teil dieser Ressource per Lohnerhöhung umverteilt, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Als Benchmark für die künftige Entwicklung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in der Altenpflege ziehen die Autoren die Krankenpflege heran. Dort liegt das Lohnniveau um

25 bis 35 Prozent über dem der Altenpflege.

Eine anreizsetzende Lohnerhöhung beträgt laut Prognos-Studie zwischen 2,2 und 6,6 Milliarden Euro. Diese Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs hätte positive Folgen: „Durch die Erhöhung der Verweildauern im Beruf können zwischen 60.000 bis 170.000 zusätzliche Pflegekräfte (VZA) gewonnen werden“, kalkulieren die Autoren. Das heißt, je nach Erhöhung der Verweildauer zwischen 10 bis 30 Prozent ließe sich die rechnerische Personallücke von 517.000 VZÄ auf 457.000 bis 347.000 VZÄ reduzieren.

Lösungsweg 2 (nachfrageseitig): „Pflege optimal gestalten“

Diese Variante geht den Personalmangel von der Nachfrageseite an – durch zwei aufeinander bezogene Maßnahmen: den optimalen „Pflegemix der Zukunft“ und die altengerechte Wohnraummodernisierung.

Der „Pflegemix der Zukunft“ geht vom Rückgang der familiären Pflege aus. Stattdessen zielt diese Strategie auf eine bedarfsgerechte Vernetzung von professionellen, niedrigschwelligen und informellen Versorgungsangeboten der ambulanten und stationären Pflege im System der fünf Pflegegrade. Unter diesen Voraussetzungen orientierten sich die geschätzten Personaleinsparungen daran, dass künftig 10,8

Prozent der Pflegebedürftigen von der stationären in die professionelle ambulante Pflege und 5,6 Prozent von dort in die kombinierte professionelle und informelle Pflege verlagert werden könnten.

Der altengerechte Umbau von Wohnungen verzögert bzw. vermeidet den Heimeintritt ambulant versorgter Pflegebedürftiger. Fragt sich nur, wie sehr. Damit 50 Prozent aller ambulant versorgten Menschen in ihren eigenen vier Wänden leben könnten, müssten zu den bereits bestehenden 700.000 altengerechten Wohnungen weitere 620.000 Einheiten umgebaut werden, argumentieren die Autoren. Dafür wären zwar Investitionen von 11,6 Milliarden Euro erforderlich, allerdings hätte die Pflegeversicherung ein erhebliches Einsparpotenzial.

Die Addition der beiden nachfrageorientierten Reformmaßnahmen lässt die Fachkräftelücke nach Kalkulation der Autoren um bis zu 238.000 VZÄ auf 279.000 VZÄ schrumpfen (bis 2030). Zieht man die angebotsseitig kalkulierten zusätzlichen Fachkräfte von 170.000 Pflegenden ab, kann die Lücke auf dem Arbeitsmarkt von 517.000 auf 109.000 VZA reduziert werden, rechnet die Studie vor.

„Während die Reformen auf der Angebotsseite mit Kosten von maximal 6,6 Milliarden Euro zu Buche schlagen, stünden die verbliebenen 7,4 Milliarden Euro für Verbesserungen auf der Nachfrageseite (pflegerische Infrastruktur und altengerechte Wohnraumversorgung) sowie weitere Maßnahmen zur Entspannung der Personalsituation im Jahr 2030 zur Verfügung“,

führt die Studie aus. Damit wäre schon viel erreicht.

Handlungsoptionen und Politikempfehlungen

Um das aufgezeigte Optimierungspotenzial tatsächlich zu verwirklichen, müssen die Lösungswege mit konkreten Handlungsempfehlungen verknüpft werden.

Auf der Nachfrageseite

Diese Maßnahmen konzentrieren sich auf eine Verbesserung der Pflege vor Ort, auf reibungslose Schnittstellen und bedarfsgerechte Rehabilitation.

Ausbau und Vernetzung der Beratungsangebote vor Ort: Die Autoren greifen ein vom Kuratorium Deutsche Altershilfe und der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam herausgegebenes Positionspapier (2013) auf, das vorschlägt, „die Pflegestützpunkte als ‚regionale Senioren-Service- und Koordinierungsstelle zur Sicherung des Hilfemixes aus Selbst- und Fremdhilfe, Profi- und Laienpflege, Medizin, Pflege und Alltagsversorgung‘ weiterzuentwickeln“. Die informelle Pflege solle durch aufsuchende Beratung und Schulungskurse für Angehörige gestärkt werden. Die „Servicestelle für kommunale Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung in Rheinland-Pfalz“ bietet sich als Modellprojekt für ein vorbildliches Unterstützungsangebot an; Gute-Praxis-Beispiele liegen ebenfalls aus Norwegen und Dänemark vor.

Optimierung häuslicher Pflegeangebote: Die Politik ist durch die Förderung altengerechter Wohnformen und niedrigschwelliger Versorgungsformen gefordert. Hier halten die Autoren das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ und das Konzept des Regionalen Pflegebudgets für zielführend. Technische Assistenzsysteme (AAL= Ambient Assisted Living), möglichst auf herstellerübergreifenden Plattformen in Open-Source-Lizenz entwickelt, könnten den Produkten hohe Verbreitung sichern. Gute-Praxis-Beispiele für die häusliche Betreuung älterer Menschen sind aus Schweden und Finnland bekannt.

Verbessertes Schnittstellen-Management: Das betrifft die reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem Pflege-, Reha- und Gesundheitssystem. Dazu sollten die Politik und die zuständigen Dienstleister, Träger und professionellen Akteure Verantwortliche vor Ort mit klaren Zuständigkeiten benennen. Was leichter gesagt als getan ist: Oft stehen die Leistungserbringer in Wettbewerb zueinander.

Stärkung von Rehabilitation und Prävention: Ziel ist natürlich, dass der Eintritt der Pflegebedürftigkeit verzögert und vermieden wird. Dafür empfehlen die Autoren die systematische Kurzzeitpflege an der Schnittstelle von Krankenhausaufenthalt und anschließender häuslicher Versorgung. Das Konzept der ambulanten mobilen Reha eigne sich vorzüglich, da ein interdisziplinäres Profi-Team im Wohnumfeld des Patienten tätig werde. Als wegweisend gilt das Modellprojekt Nordlicht.

Auf der Angebotsseite

Was ist zu tun, um zusätzliches Pflegepersonal zu rekrutieren, wie werden vorhandene Personalressourcen besser genutzt?

Gewinnung von Schulabgängern: Darin sieht die Studie den Schwerpunkt zur Vergrößerung der Personalressourcen. Die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ gilt als ein nützlicher Schritt, Attraktivität sowie Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege zu fördern. Auch der Gesetzesentwurf zur generalisierten Pflegeausbildung könnte das Pflegekräfteangebot erhöhen. Gleiches gilt für die Umschulung im Rahmen der Arbeitsförderung sowie für die Rekrutierung ausländischer Pflegekräfte durch die erleichterte Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen.

Ausweitung von Teil- in Vollzeitstellen: Setzt verbesserte Arbeitszeitmodelle im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie voraus (flexible Schichtpläne, Betreuungsmöglichkeiten).

Flexibler Altersübergang: Entsprechende Regelungen für ältere Mitarbeiter sowie familienfreundliche Arrangements für wiedereinstiegswillige Mütter erhöhen die Verweildauer im Betrieb.

Entlohnung von Pflegekräften: Hier sind vor allem die Pflegeeinrichtungen daran zu erinnern, bestehende Tarifverträge flächendeckend anzuwenden. „Gerade in der Altenpflege würde

die Einführung eines Branchentarifvertrags Sinn ergeben, da die vielen kleinen Akteure in Pflegesatzverhandlungen oftmals nur eine eingeschränkte Verhandlungsmacht besitzen.“

Fazit: Zukunft gerettet, Geld gespart?

Die vorliegende Studie legt ein konsistentes Modell vor, um das Pflegesystem unter veränderten Rahmenbedingungen zukunftstauglich zu machen. Der Erfolg – Beibehaltung des gegenwärtigen Versorgungsniveaus – hängt davon ab, inwieweit es gelingt, eine Vielzahl von Akteuren auf die langfristige Umsetzung eines großen Maßnahmenkatalogs zu verpflichten. Die zentrale Prämisse ist vielversprechend: Sie geht davon aus, dass das Versorgungssystem zusätzlich zur maßvollen Beitragserhöhung kein zusätzliches Geld benötigt. „Vielmehr gilt es, die verfügbaren Mittel gezielt und effizient einzusetzen“, geben sich die Autoren optimistisch. Allerdings muss sich beweisen, inwieweit die zugrunde gelegten rechnerischen Plangrößen vor der Wirklichkeit Bestand haben.

Oliver Ehrentraut, Tobias Hackmann, Lisa Krämer, Sabrina Schmutz, Zukunft der Pflegepolitik – Perspektiven, Handlungsoptionen und Politikempfehlungen, Reihe: Gute Gesellschaft, Soziale Demokratie #2017 plus, 32 Seiten, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2015

Die Studie steht hier zum kostenfreien PDF-Download zur Verfügung.

Demografie

Eigentum, urban, mit Balkon!

Der Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland steigt zwischen 2015 und 2030 von 20 auf 27 Prozent. Die Wohnungsnachfrage verschiebt sich daher zunehmend in Richtung der älteren Bevölkerungsjahrgänge und stellt den deutschen Wohnungsmarkt vor tiefgreifende Veränderungen. Das Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, hat im Auftrag der BPD Immobilienentwicklung GmbH die qualitativen und quantitativen Anforderungen der über 65-jährigen an den deutschen Wohnungsmarkt im Zeitvergleich zwischen 2015 und 2030 untersucht.

Mieter planen Umzug

Um die Wohnwünsche und Bedürfnisse der zukünftigen Alten zu ermitteln, wurde eine Befragung von 305 Haushalten älter 50 Jahre, die im Jahr 2030 die zukünftige Bevölkerung älter 65 Jahre darstellen und zurzeit in deutschen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern leben, durchgeführt. Knapp 44 Prozent der Befragten leben bereits heute im Eigentum. Mehr als 53 Prozent möchten in Zukunft im Eigentum leben. Während es klare Vorstellungen von der gewünschten zukünftigen Eigentumsform gibt, gaben 68 Prozent der Teilnehmer an, sich bisher überhaupt nicht oder nur wenig mit dem Wohnen im Alter befasst zu haben. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass in etwa nur jeder Dritte sich mit seiner Lebenssituation im Alter befasst. Der überwiegende Teil dieser Gruppe wohnt derzeit zur Miete und kann sich einen Umzug innerhalb der nächsten fünf Jahre

vorstellen. Wohneigentum in innenstadtnaher Wohngegend in ruhiger Lage mit guter Verkehrsanbindung wird von der großen Mehrheit bevorzugt.

Am liebsten mit Balkon!

Die Umfrage beinhaltete auch Fragen zu den gewünschten qualitativen Aspekten der Wohnung im Alter. Ein Balkon oder eine Terrasse, eine gute ÖPNV-Verbindung und die Nähe zu Einkaufsmöglichkeiten sind den zukünftig über 65-jährigen demnach wichtig. Zentrale Eigenschaften, die das Leben im Alter erleichtern, wie beispielsweise technologische Hilfsmittel oder Barrierefreiheit waren vergleichsweise weniger von Bedeutung. Die Autoren der Studie bewerten dies als Beleg dafür, dass das Thema Wohnen im Alter bei den zukünftigen Senioren eine bisher untergeordnete Rolle spielt.

Selbstbestimmtes Wohnen

Sofern eine pflegerische oder hauswirtschaftliche Unterstützung im Alter notwendig ist, sind die beliebtesten Wohnformen diejenigen, die ein hohes Maß an eigenständigem Wohnen und Selbstbestimmung ermöglichen. Die Befragung ergab, dass sich mit knapp 80 Prozent der Befragten der größte Teil der Altersgruppe der über 50-Jährigen in Zukunft vorstellen kann, im Fall der Notwendigkeit einer unterstützenden Leistung zu Hause mit Hilfe einer ambulanten Pflege betreut zu werden.

Auch die Wohnform des Betreuten Wohnens (70 Prozent) oder das Leben in einem Mehrgenerationenhaus (60 Prozent) ziehen die Befragten in Erwägung. Die stationäre Pflege wurde hingegen von fast 60 Prozent der Teilnehmer abgelehnt. Die Generation 50 und älter ist demnach neuen Wohnformen durchaus aufgeschlossen, wenn die Selbständigkeit so lange wie möglich erhalten bleibt.

3 Millionen Seniorenhaushalte mehr in 2030

Neben den qualitativen Ansprüchen steigt aufgrund des demografischen Wandels auch der quantitative Bedarf nach altersgerechten Wohnformen. Dieser Effekt wird, neben einer Zunahme der Bevölkerung der über 65-Jährigen, noch durch eine ansteigende Wohnflächennachfrage pro Kopf – auch Wohnflächenkonsum genannt – verstärkt. Dieser steigt zwischen 2015 und 2030 bei den 65- bis 80-Jährigen im Osten von 49,2 auf 54,0 und im Westen von 64 auf 67 Quadratmeter pro Kopf. Bei den über 80-Jährigen steigt er im Osten von 50,4 auf 56,1 und im Westen von 67,2 auf 69,8 Quadratmeter.

Die demografische Entwicklung und die zunehmende Alterung der Bevölkerung verteilen sich im deutschen Bundesgebiet obendrein unterschiedlich. Während die Zunahme in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg mehr als zehn Prozent übersteigt, erwarten die Stadtstaaten lediglich eine Zunahme der Bevölkerung in diesen

Altersklassen von maximal vier Prozent.

Mithilfe der Entwicklung der Wohnflächennachfrage pro Kopf und der demografischen Bevölkerungsprognosen berechneten die Forscher die Wohnungsbedarfe der über 65-Jährigen für alle 402 deutschen Kreise und kreisfreien Städte. Im Jahr 2030 werden insgesamt mehr als drei Millionen Wohnungen zusätzlich durch die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter bewohnt. Laut den Studienergebnissen werden in allen Landkreisen in Deutschland mehr Wohnungen durch Senioren bewohnt als dies 2015 der Fall war. Die höchsten Zuwächse sind in Berlin, entlang des Rheins und in weiten Teilen Mecklenburg-Vorpommerns zu erwarten.

Fazit

Die Autoren sehen den Wohnungsmarkt in Deutschland damit großen Herausforderungen gegenübergestellt. Der Wohnungsbestand sei bislang nur unzureichend auf die Verschiebung der Nachfrage in Richtung der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter vorbereitet. Nach Auffassung der Wissenschaftler, müssen sowohl bei Neubau- als auch bei Bestandsinvestitionen die tiefgreifenden Veränderungen der Nachfrage bereits in der Planung eine Berücksichtigung finden um eine flächendeckende Versorgung mit angemessenen Wohnformen im Alter zu gewährleisten.

Dr. Philipp Deschermeier/Dr. Susanna Kochskämpfer/Michael Schier/Prof. Dr. Michael Voigtländer: Der Wohnungsmarkt 2030 – Wie und wo die Generation 65+ leben wird. Gutachten Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. in Kooperation mit BPD Immobilienentwicklung GmbH, 53 Seiten, Köln 2015.

Die Studie sowie eine interaktive Karte mit den Ergebnissen der Studie für alle 402 deutschen Landkreise finden Sie [hier](#).

Europa

Radikalisierung von Jugendlichen

„Charlie Hebdo“ ist seit dem 7. Januar 2015 zu einem Synonym des islamistischen Terrors in Europa geworden. Dem Anschlag auf die Redaktion der Pariser Satirezeitschrift, bei dem zwölf Personen ums Leben kamen, folgte eine weitere Anschlagsserie im November 2015 in Paris, ein einwöchiger Ausnahmezustand in Brüssel aufgrund einer „ernsten und unmittelbaren Bedrohung“, vereitelte Anschläge in Hannover, München und Brüssel. Wie kann solchen Anschlägen vorgebeugt werden?

Zu der Frage, wie Staat und Zivilgesellschaft die Radikalisierung junger Menschen aufhalten und nachhaltig unterbinden können, organisierte das niedersächsische Kultusministerium eine Veranstaltungsreihe in Brüssel. Die Trilogie unter dem Titel „Radikalisierung – RATlos?“, welche zwischen September 2015 und Januar 2016 im Haus der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der EU in Brüssel stattfand, beleuchtete die Frage unter drei Gesichtspunkten: das Phänomen der Radikalisierung, die Möglichkeiten der Prävention in den Kommunen und die Bedeutung der Wertevermittlung.

Radikalisierung von Jugendlichen in Deutschland

Die Anschläge haben zwei Dinge deutlich gemacht: Zum einen kennt die Terrorgefahr keine nationalen Grenzen, sie ist in Deutschland ebenso präsent wie in Frankreich, Belgien und anderen europäischen Ländern. Auffällig ist auch, dass die

Attentäter sich zwar meist neosalafistischen und islamistischen Terrorgruppen wie dem sogenannten Islamischen Staat (IS) angeschlossen haben und sich in Ländern wie Irak und Syrien von diesen ausbilden lassen haben, jedoch bis auf wenige Ausnahmen in Europa geboren und aufgewachsen sind.

Auch Deutschland ist diesbezüglich keine Ausnahme: Bereits über 700 Deutsche haben sich dem IS angeschlossen. Besonders negativ geriet in diesem Zusammenhang die Stadt Wolfsburg in die Schlagzeilen. Von hier sind seit 2013 bereits 20 Jugendliche in den Irak und nach Syrien ausgereist. Prominentestes Beispiel ist Ebrahim B., der als erster deutscher IS-Rückkehrer offen vor einer Kamera über seine Erfahrungen berichtet hat.

Das Land Niedersachsen nimmt zwar trotz der „Wolfsburger Ausreisewelle“ diesbezüglich keine besondere Rolle ein, kann sich jedoch auch nicht von dem Problem distanzieren. Nach Angaben der Polizei gibt es landesweit etwa 1.000 Islamisten, wovon 420 als potenziell gewaltbereit gelten. Zum Vergleich: Gleichzeitig gibt es etwa 10.500 Rechtsextreme. Das Verhältnis zeige zwar einerseits die Priorität der Polizei im Kampf gegen Radikalisierung, gleichzeitig fehle ihr aber auch noch die Expertise bei der Bekämpfung des neosalafistischen Extremismus. Linksextremismus sei laut Aussage der Polizei kaum ein Thema.

Neosalafistische Radikalisierung – ein neues Phänomen?

Radikalisierung muss nicht per se als negativ ausgelegt werden – etwa im Falle der Französischen Revolution, welche das moderne Demokratieverständnis entscheidend beeinflusst hat. Neu ist allerdings das neosalafistische Konzept, welches sich erst in den Folgejahren der Anschläge des 11. September 2001 entwickelt hat. Auch Begriffe wie „islamistischer Terrorismus“, so wie wir ihn heute verstehen, werden erst seit dem Jahr 2003 gebraucht.

Die Frage nach den Ursachen der Radikalisierung ist wegen der verschiedenen individuellen Einflüsse sehr komplex, eine „Matrix zur Messung von Radikalisierung“ gibt es bisher nicht. Hervorzuheben ist aber, dass sich Jugendliche in der Regel nicht durch salafistische Prediger radikalieren lassen, sondern bereits eine Radikalität innehaben, für welche sie eine Entschuldigung suchen. Diese Radikalität resultiert meist aus einer gesellschaftlichen Ausgrenzung, weswegen sich die Jugendlichen selbst nicht als radikal betrachten, sondern als „der bzw. die Gute“.

An eben diesem Prozess der Identifikationsfindung setzen neosalafistische Prediger an, die junge Menschen für den Kampf des IS rekrutieren wollen. Ähnlich wie rechtsextreme Gruppierungen vermitteln sie den Jugendlichen

ein Gemeinschaftsgefühl und vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Probleme. Allerdings löst der Neosalafismus den Rechtsradikalismus nicht ab, sondern verläuft parallel.

Prävention in der Kommune

Ziel muss folglich die Ursachenbekämpfung durch Prävention sein, also dafür zu sorgen, dass Jugendliche gar nicht erst radikal werden, bevor Rekruten des IS auf sie einwirken können. Die Städte und Gemeinden nehmen hierbei eine zentrale Rolle ein und werden mit ganz konkreten Herausforderungen der Radikalisierung konfrontiert. Dabei sind die Erfahrungen in den europäischen Kommunen, insbesondere zwischen Städten und ländlichen Gebieten, ganz unterschiedlich.

So geriet etwa die belgische Stadt Vilvoorde mit etwas über 41.000 Einwohnern in die belgischen Schlagzeilen. Gemessen an der Einwohnerzahl ist die Zahl der Ausreisenden nach Syrien (27 Ausreiser nach Syrien bzw. Irak zwischen 2011 und 2015) sehr hoch. Auf der Konferenz benannte Vilvoordes Bürgermeister Hans Bonte die Ausgrenzung von Menschen mit marokkanischem Hintergrund, welche in seiner Stadt etwa 10 Prozent der Einwohner ausmachen, als ein Hauptproblem. Bemerkenswert ist dabei, dass in der Industriestadt Vilvoorde ähnlich wie in Wolfsburg nahezu Vollbeschäftigung herrscht und es durchaus Perspektiven für die Jugendlichen gäbe.

Wertevermittlung als Vorbeugung

Der „Schutz der europäischen Werte“ ist nicht unproblematisch, weil es in den europäischen Ländern durchaus Unterschiede gibt, welche sich aus den historischen Entwicklungen der Nationen ergeben. Auf der Konferenz wurde als Beispiel der Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich herausgestellt. Während bei uns Lehrer in die Pflicht genommen werden, bestimmte Werte zu vermitteln, wird in Frankreich eine breite Debatte darüber geführt, mit welcher Legitimation der Staat in den Schulen Werte vermitteln darf. Folglich sind Konzepte und Definitionen der Wertevermittlung nicht europaweit übertragbar und sehr von den einzelnen Ländern abhängig.

Hierzulande sind die entscheidenden Werte in Artikel 1 des Grundgesetzes zusammengefasst: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Obwohl unbestreitbar richtig, darf dieser Satz jedoch nicht als Voraussetzung oder gegebene Realität verstanden werden, sondern als Ziel, auf welches es hinzuarbeiten gilt. Die Vermittlung eben dieser Werte wird in den Schulen und Einrichtungen der außerschulischen Jugendarbeit zugetragen.

In vielen Fällen gelingt dies auch, z.B. durch Projekte wie „Schule mit Courage“ / „Gegen Rechtsextremismus“, „Migration macht

Schule“ oder „Toleranzlotsen“, welche auf den drei Tagungen präsentiert wurden. Da derartige Projekte jedoch den Ausnahme- und nicht den Regelfall darstellen, wurde insbesondere eine bessere Vernetzung der Akteure zwischen Schulen, Jugendeinrichtungen, den muslimischen Gemeinden, aber auch mit der Polizei und Strafvollzugsanstalten gefordert. Notwendig wären bessere Strukturen und Abläufe, um Radikalisierung bei Jugendlichen rechtzeitig festzustellen und auf diese zu reagieren.

Welche Botschaft ging von der Veranstaltungsreihe aus?

Festzuhalten bleibt die gesellschaftliche Verantwortung, allen Jugendlichen ein Zugehörigkeitsgefühl und Perspektiven zu vermitteln. Insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund kommen diese oft zu kurz. Mit Bildungsmaßnahmen und Anstrengungen zur besseren Integration lassen sich zwar kaum die Ausreisenden selbst von ihren Entscheidungen abbringen, ihr Umfeld hingegen lässt sich maßgeblich verändern.

Gleichzeitig muss man sich jedoch bewusst sein, dass Ausgrenzung nur ein „Push-Faktor“ für die Radikalisierung von Jugendlichen ist und Bildungsmaßnahmen im Optimalfall lediglich diesem Faktor entgegen wirken können.

Der „Pull-Faktor“ hingegen ist die Situation im Nahen Osten, insbesondere die Kriege im Syrien und im Irak. In den Worten eines Konferenzteilnehmers: „Effektiver als jede Bildungsmaßnahme wäre ein plötzlicher, langanhaltender Frieden im Nahen Osten.“

Weitere Informationen zur Veranstaltungsreihe „Radikalisierung RATios?“ finden Sie auf der [Homepage](#) des niedersächsischen Kultusministeriums. Das Interview von NDR, WDR und Süddeutsche mit dem Deutschen IS-Aussteiger Ebrahim B. sind abrufbar in der NDR-Mediathek.

Materialien

Die Top Ten der Zukunftsliteratur

Empfohlen von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Salzburg

Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Salzburg sammelt und bewertet aktuelle Zukunftsliteratur vornehmlich des deutschen Sprachraums und stellt diese in ihrer Zeitschrift „pro ZUKUNFT“ vor. 140 aktuelle Titel werden jährlich analysiert. Mit den „Top Ten der Zukunftsliteratur“ hebt das aus Alfred Auer, Hans Holzinger und Walter Spielmann bestehende JBZ-Team „zehn wichtigste Neuerscheinungen“ des vergangenen Jahres besonders hervor, die „gesellschaftliche Entwicklungen kritisch reflektieren und neue Zukunftsperspektiven eröffnen“.

Die „Top Ten des Jahres 2015“ wurde nach fünf Kriterien ausgewählt:

1. Gesellschaftliche Relevanz (Aktualität, Dringlichkeit)
2. Innovation (neue Ansätze, Originalität)
3. Lösungsvorschläge (konkrete Handlungsvorschläge, Beispiele)
4. Fakten (wichtige Daten) sowie
5. Lesefreundlichkeit (Zugang für breiteres Publikum, Lesevergnügen).

Die 10 ausgewählten Titel

- Jean Ziegler: Ändere die Welt! Warum wir die kannibalische Weltordnung stürzen müssen (München: Bertelsmann, 288 S., € 20,60)
- Andreas Zumach: Globales Chaos - machtlose UNO. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden? (Zürich: Rotpunkt, 261 S., € 22,-)
- Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr (Berlin: taz-Verlag, 173 S., € 16,-)
- Hans Joachim Schellnhuber: Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff (München: C. Bertelsmann, 777 S., € 29,99)
- Kathrin Hartmann: Aus kontrolliertem Raubbau. Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut produzieren (München: Blessing, 447 S., € 18,99)
- Elke Seefried: Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945 – 1980 (Berlin: De Gruyter, 575 S., € 49,95)
- Michael Pauen; Harald Welzer: Autonomie. Eine Verteidigung (Frankfurt/M.: S. Fischer, 327 S., € 19,99)
- Fabian Scheidler: Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation (Wien: Promedia, 271 S., € 19,90)

- Hans Joas: Sind die Menschenrechte westlich? (München: Kösel, 96 S., € 10,-)
- Zukunft gewinnen! Die sanfte (R)evolution für das 21. Jahrhundert – inspiriert vom Visionär Robert Jungk. Hrsg. v. Rolf Kreibich u. Fritz Lietsch (München: ALTOP-Verlag, 256 S., € 24,80)

Die Bewertung der Bücher nach den fünf genannten Kriterien finden Sie [hier](#).

Wir wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre!

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG

Wörthstraße 15-17

50668 Köln

Telefon 0221 / 97356-237

Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de

Jörg Bärschneider, joerg.baerschneider@gmx.de

Tobias Nickl (Büro Brüssel), t.nickl@eufis.de (Europa)

Michael Schier, m.schier@sozialbank.de (Demografie)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich